



SP-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda und FP-Klubobmann Herbert Kickl haben eine Gesprächsebene gefunden. Beim Wahltermin sind sie sich einig. Foto: APA

Tauziehen um den Wahltermin: Rot-blaue Mehrheit für 29. September

Keine Einigung bei Klubobleute-Treffen: ÖVP für 15. September, Liste Jetzt will spät wählen

VON ANNETTE GANTNER

WIEN. Die Würfel dürften gefallen sein. Nach derzeitigem Stand wird die Nationalratswahl wohl am 29. September stattfinden.

Am Dienstag berieten die Klubchefs über einen Wahltermin, eine Einigung wurde nicht erzielt.

Die Volkspartei hatte sich neuerlich für den 15. September ausgesprochen. Ihr Argument: Damit wäre der Wahlkampf ein kurzer, und man entspräche dem Willen des Bundespräsidenten, der Anfang September präferiert. Doch auch in der Volkspartei soll es Landesgruppen geben, denen mögliche Terminkollisionen Kopfzerbrechen machen: In Graz wird an dem Wochenende „aufgesteiert“, bei einer Art riesiger Trachtenparty, in Niederösterreich hat der Bauernbund eine Wallfahrt nach Mariazell angesetzt.

Der Versuch, die goldene Mitte zu finden, scheiterte. „Der 22. September wäre für uns auch möglich gewesen, aber auch dieser Termin wurde nicht angenommen“, beklagte VP-Klubchef August Wöginger im Gespräch mit den OÖNachrichten. „Rot-Blau packelt und ist nicht kompromissbereit.“

TAUSCHGESCHÄFTE: PARTEIFINANZEN, RAUCHVERBOT

■ Insgesamt 14 unterschiedliche Anträge wurden zum Thema **Wahlkampfspenden** und **Parteienfinanzierung** eingebracht. Heute sichten die Klubdirektoren, wo es Überschneidungen zwischen den Parteien geben könnte.

SPÖ und FPÖ sprachen sich beide für eine Spenden-Obergrenze aus. Die Volkspartei, die im vergangenen Wahlkampf sehr viel Geld aus Spenden lukrierte und über die Bünde auch finanzielle

Mittel verteilt, hält von einer zu rigiden Grenze hingegen wenig.

■ Hingegen braucht die SPÖ für die Einführung des **Rauchverbots** auch die Zustimmung von einer der beiden ehemaligen Regierungsparteien. Für die Freiheitlichen war es unter Heinz-Christian Strache eine Fahnfrage. Die ÖVP deutete zuletzt an, hier durchaus geschäftsbereit zu sein. Ein mögliches Thema für politische Tauschgeschäfte.

ger im Gespräch mit den OÖNachrichten. „Rot-Blau packelt und ist nicht kompromissbereit.“

Tatsächlich sprachen sich gestern SP-Klub-Vize Jörg Leichtfried und FP-Klubobmann Herbert Kickl einhellig für den 29. September aus. „In großen Teilen Österreichs enden die Ferien am 8. September. Drei Wochen für den Wahlkampf sind ohnehin sehr wenig Zeit. Wir wollen ja auch den Schülern, die

für den Klimaschutz auf die Strafe gehen, Zeit für politische Diskussionen geben“, sagte Leichtfried. Auch die FPÖ verweist auf die Ferien. Der 29. September sei der Wunschtermin, sagte Kickl.

Die Neos dürften sich flexibel gezeigt haben. Die Liste Jetzt wiederum hätte auch mit einem viel späteren Termin kein Problem. Peter Pilz will über den Sommer einen Ibiza-Untersuchungsaus-

schuss einsetzen, der Neuwahlantrag solle verschoben werden.

Freilich haben alle Parteien ihre versteckte Agenda. Die ÖVP präferiert deshalb einen früheren Termin, weil Obmann Sebastian Kurz in den Umfragen einen Höhenflug erlebt. Je länger der Wahlkampf dauert, desto teurer wird er.

Zeit gewinnen

In der SPÖ ist man um jede Woche froh, in der Spitzenkandidatin Pamela Rendi-Wagner noch Profil gewinnen kann. Die Freiheitlichen wollen das Ibiza-Video möglichst vergessen machen. Auch Pilz' Sehnsucht nach einem späten Termin ist verständlich: Er dürfte mit seiner Liste nicht mehr in den Nationalrat hineinkommen.

Beim nächsten Plenum am 12. und 13. Juni soll der Nationalrat formal aufgelöst werden. Die Regierung legt in Folge per Verordnung einen Stich- und einen Wahltag fest, doch muss dies in Absprache erfolgen, denn letztlich entscheidet der Hauptausschuss des Parlaments mit Mehrheit über den Termin.

Karas nur bis 2020 Delegationsleiter – Edtstadler folgt

WIEN. Der türkische Spitzenkandidat bei der EU-Wahl, Othmar Karas, übernimmt erneut die Delegationsleitung der VP-Abgeordneten im EU-Parlament. Allerdings nur noch für ein weiteres Jahr. Mitte 2020 soll dann Listenzweite Karoline Edtstadler übernehmen. Auf diesen Kompromiss haben sich die sieben Mandatäre, die die ÖVP nach Brüssel bzw. Straßburg entsenden wird, gestern geeinigt. Das Votum soll einstimmig gewesen sein.

Karas hatte im Vorfeld der Entscheidung mehrmals bekundet, Delegationsleiter bleiben zu wollen. Edtstadler, enge Vertraute von VP-Chef und Ex-Kanzler Sebastian Kurz, hatte allerdings bei der EU-Wahl knapp 12.000 Vorzugsstimmen mehr als Karas erhalten.

Winzig zweite Stellvertreterin

Die Ex-Staatssekretärin ist vorerst erste Stellvertreterin von Karas. Zweite Stellvertreterin wird die Oberösterreicherin Angelika Winzig, die bei den türkischen Vorzugsstimmen auf Platz drei gelandet war. Sie wird gleichzeitig auch Klubfrau-Stellvertreterin des VP-Nationalratsklubs bleiben.

Karas, seit 2011 VP-Delegationsleiter, werde auch nach dem Wechsel mit Edtstadler im EU-Parlament bleiben, hieß es. Bis zum Platzen der Regierung war Edtstadler als EU-Kommissarin gehandelt worden.



Karas, Edtstadler, Kurz Foto: APA

BVT-Ausschuss: Sobotka weist Vorwürfe zurück

WIEN. Hat die ÖVP den Verfassungsschutz (BVT) für den Nationalratswahlkampf 2017 eingesetzt? Diese Frage wollten SPÖ, Neos und Jetzt gestern im BVT-Untersuchungsausschuss klären.

E-Mails aus dem Innenministerium sollen belegen, dass eine BVT-Juristin mit der Ausarbeitung von „fünf Punkten für das ÖVP-Wahlprogramm“ beauftragt wurde. Was der damalige Ressortchef, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, bei seiner Befragung dementierte: „Ich habe keinem Mitarbeiter einen Auftrag gegeben, für das Wahlprogramm etwas zu tun.“

BVT-Mann in VP-Verein

Ebenfalls befragt wurde gestern Ex-Spionageabwehrchef Bernhard P. unter anderem zu zwei VP-nahen Vereinen, in denen er tätig war: „Pro Patria – Für Niederösterreich“ und der Cartellverband. Bei Pro Patria war P. vier Jahre Obmann, Ex-Kanzleramtsminister Gernot Blümel im selben Zeitraum Kassier.

Liste-Jetzt-Abgeordneter Peter Pilz vermutete ein „Konstrukt zur Parteienfinanzierung“, P. wies das zurück, sagte aber, der Verein sei 2004 zur Wahlunterstützung der ÖVP gegründet worden. „Schon lange“ gebe es keine Geldflüsse mehr.

Verordnung statt Gesetz: Wie die Minister walten

Neue Gesetze dürften die neuen Minister eher nicht planen, Verordnungen geben aber Spielraum

VON JASMIN BÜRGER

WIEN. Schon wieder ist es eine Verordnung des Innenministers – des dritten binnen weniger Wochen –, die innenpolitisch Wellen schlägt. Im ersten Ministerrat unter Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein will Innenminister Wolfgang Peschorn heute Sri Lanka von der Liste sicherer Herkunftsländer streichen lassen. Im Entwurf wird mit der Wiedereinführung der Vollstreckung von Todesstrafen argumentiert – die FPÖ ist dennoch erzürt und sieht ihren strikten Asylkurs aus Regierungszeiten in Gefahr.

In diese Richtung Fakten schaffen wollte Peschorns Vorgänger Herbert Kickl (FP): Er erließ kurz vor seinem Abgang die Verord-

nung über 1,50-Euro-Stundenlohn für Asylwerber bei gemeinnütziger Arbeit. Kickls Eile war umsonst: Kurzzeit-Nachfolger Eckart Ratz hob die Verordnung wieder auf.

Können Minister per Verordnung also schalten und walten, wie sie wollen? Ganz und gar nicht: Verordnungen können nur als Präzisierungen zu Gesetzen erlassen werden, wenn dies schon beim Gesetzesbeschluss festgelegt wird, erklärt Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus. Das jeweilige Gesetz schreibt auch vor, ob eine Verordnung vom Ministerium frei erlassen werden kann oder ob ein einstimmiger Beschluss im Ministerrat notwendig ist. Peschorns Verordnung bedarf eines Ministerratsbeschlusses – es dürfte der ers-



Innenminister Peschorn Foto: APA

te des Kabinetts Bierlein werden.

Und dann gibt es noch eine dritte Kategorie: Verordnungen, die vom Hauptausschuss des Nationalrats abgesegnet werden müssen. Dazu zählen etwa ein Neuwahlbeschluss oder die Bestellung eines EU-Kommissars – beides Entscheidungen, die ebenfalls in Bälde anstehen.

Grundsätzlich gehören Verordnungen aber durchaus zum Tagesgeschäft: So werden alljährlich die Maturatermine festgelegt – was für 2020 die letzte Amtshandlung von Ex-Bildungsminister Heinz Faßmann (VP) war. Auch das Sozialministerium regelt vieles per Verordnung, etwa die Anzahl an Saisonier-Arbeitskräften, zuletzt aber auch die umstrittene Indexierung der Familienbeihilfe.